



Regierungsratsbeschluss vom 07. April 2020

Interpellation Nr. 29 Beatrice Messerli betreffend Rechtsextremismus und die Ahndung antisemitischer Aussagen

P205099

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die in der Rechtsanwendung unabhängige Staatsanwaltschaft hat in den vergangenen Jahren jeweils rund 10 bis 20 Strafanzeigen wegen Rassendiskriminierung registriert und entsprechende Vorverfahren geführt. Daraus resultieren jährlich im Durchschnitt 1,8 Verurteilungen.

